

Einstimmig gefasste RESOLUTION der Vereinsleitung

18. November 2011

Wegen unveränderter Ausgrenzung des Kärntner Heimatdienstes und eklatanter Ungleichbehandlung im Förderungsbereich sowie wegen ehrenrühriger Aussagen, beschloss die Vereinsleitung die Veranlassung der Prüfung von rechtlichen Schritten wegen rechtswidriger Nichtbezahlung von Förderungen und gegen Landeshauptmann Gerhard Dörfler sowie den Kulturreferenten LR Harald Dobernig wegen Kredit- und Rufschädigung.

Einem Bericht des KHD-Vorstands zufolge sind bisher alle Bemühungen um Unterstützung des seit Jahren erfolgreich in und außerhalb der Kärntner Konsensgruppe für Versöhnung und Verständigung eintretenden Kärntner Heimatdienstes durch die Kärntner Landespolitik erfolglos geblieben.

Nach dem Scheitern des Schüssel-Haider-Pakets zur Lösung der Kärntner Ortstafelfrage im Sommer 2006 wurde der KHD als traditionsreichster Heimatverband von einzelnen Regierungsmitgliedern der Freiheitlichen in Kärnten sowohl von der Mitgestaltung der Landesfeiern zur Kärntner Volksabstimmung als auch ab 2009 vom Lösungsfindungsprozess in der strittigen Ortstafelfrage ohne Angabe von Gründen ausgeschlossen. Hingegen wurden als Vertreter der Heimatverbände nur Exponenten von nicht konsensbereiten Traditionsvereinen eingebunden.

Gleichzeitig wurde dem KHD entgegen dem Landtagsbeschluss vom 26. September 2002 die jährliche Landesförderung gestrichen. Im Gegenzug wurden die Landesförderungen für die „Ortstafelgegner“ vervielfacht. Am 6. Oktober 2011 sagte Landeskulturreferent Harald Dobernig dem Kärntner Abwehrkämpferbund (KAB) bei einer Festveranstaltung *„jegliche Unterstützung als einzigem wahren Heimat- und Traditionsverband“* zu, obwohl sich dieser nach wie vor entschieden gegen die nunmehrige verfassungsgesetzlich geregelte Ortstafellösung ausspricht. Dies ist sowohl eine eklatante Ungleichbehandlung als auch ein schwerer Affront gegen den wegen seiner Verständigungsbereitschaft inzwischen breit gewürdigten Kärntner Heimatdienst.

Unterstützt wird diese aggressive Ausgrenzungspolitik unverständlicherweise auch von LH Gerhard Dörfler, der KHD-Obmann Josef Feldner seit Jahren stereotyp frühere „Grauslichkeiten“ in der Ortstafelfrage vorwirft, für die es keine „Absolution“ geben könne. Das ist ganz besonders absurd, zumal sich LH Dörfler im Gegensatz zu Feldner noch 2009 entschieden gegen jegliche Erweiterung der bestehenden Ortstafellösung ausgesprochen hatte. LH Dörfler war bisher trotz Aufforderung nicht bereit, seine zuletzt am 10. November 2011 bei einer öffentlichen Veranstaltung in Tainach erhobenen ehrenrührigen Vorwürfe zu begründen.

Der Kärntner Heimatdienst ist als überparteilicher, erfolgreich um Versöhnung und Verständigung bemühter Verein nicht länger bereit, seine Ausgrenzung, die willkürliche Ungleichbehandlung im Förderungsbereich und die fortgesetzten ehrenrührigen Attacken gegen seinen Obmann und damit auch gegen den KHD einfach hinzunehmen.

Die Vereinsleitung beauftragt den Vorstand die Einleitung von rechtlichen Schritten gegen das Land Kärnten, den Landeshauptmann und den Kulturreferenten zu prüfen.

Die Vereinsleitung fordert die Nachzahlung von 80.000 Euro von seit 2009 vorenthaltenen Förderungsgeldern. Dieser Betrag entspricht aliquot den Basisförderungen, die der Kärntner Abwehrkämpferbund, der Österreichische Kameradschaftsbund, LV Kärnten und die Ulrichsberggemeinschaft lt. Kulturbericht 2009 und 2010 sowie (hochgerechnet) für 2011 jeweils erhalten haben.

Der KHD verpflichtet sich freiwillig den nachzuzahlenden Förderungsbetrag als Projektförderung zweckgebunden für Aktivitäten einzusetzen, die der Schaffung eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens im Sinne der von der Kärntner Konsensgruppe abgegebenen „Feierlichen Erklärung“ dienen. Dazu zählen insbesondere gemeinsame Informations- und Kulturveranstaltungen in Kärnten und unter Einbindung deutschsprachiger Gruppierungen auch in Slowenien.

Die Vereinsleitung legt abschließend Wert auf die Feststellung, dass der Kärntner Heimatdienst seine in öffentlichem Interesse gelegene, breit angelegte kostenintensive Informations- und Verständigungsarbeit von 2005 bis 2008 nahezu ausschließlich und seit 2009 ausschließlich aus eigenen Mitteln finanziert hat.